

Eine gute Lösung für beide Seiten

Murten / Der Gemeinderat schlägt dem Generalrat für die Sitzung von nächstem Mittwoch vor, die mit der Senevita AG – der Betreiberin der Stiftung Résidence Beaulieu – gefundene Lösung für die Teil-Finanzierung der nichtgedeckten Infrastrukturkosten zu unterstützen. Der zukünftige jährliche Beitrag an die Stiftung Résidence Beaulieu beträgt 112 420 Franken.

Hannes Wittwer, CEO der Senevita AG, betonte, dass das Gespräch mit der Gemeinde Murten sehr gut verlaufen sei. Wittwer ist seit Juni 2012 in diesem Unternehmen tätig. «Die Gemeinderäte sind sich der Wichtigkeit und der Notwendigkeit der 20 Pflegeplätze bewusst. Eine Studie im Auftrag des Gesundheitsnetzes See (GNS) aus dem Jahr 2012 zeigt sogar, dass weitere Pflegebetten für den Seebereich notwendig sein werden.» Die Senevita AG hat dem Gemeinderat die notwendigen Unterlagen für die Beurteilung der gegenwärtigen finanziellen Situation der Stiftung Résidence Beaulieu und des «Betreuten Wohnens» zur Verfügung gestellt. «Wir wollten gegenüber dem Gemeinderat transparent sein, weil wir explizit zeigen wollten, dass wir an einer zukunftsorientierten Lösung interessiert sind», erklärte Hannes Wittwer weiter. «Der Betrieb ist hervorragend geführt und die Mitarbeitenden setzen sich professionell und menschlich sehr ein.»

Senevita will Résidence weiterführen

Ganz klar aus der Sicht der Senevita AG ist, dass diese als Betreiberin die Stiftung Résidence Beaulieu mit den 20 Pflegebetten und das «Betreute Wohnen im Alter» mit den 55 Alterswohnungen weiterführen will. Seit der Aufnahme des Betriebs im Jahr 2010 bildet sich allerdings in der Rechnung des Betreuten Wohnens und der Stiftung Résidence Beaulieu insgesamt ein Verlust von 1,7 Millionen Franken. Der Ursprung dieser Kostenüberschüsse ist unter anderem auch bei der bis heute fehlenden Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Stiftung Résidence Beaulieu und bei der damit zusammenhängenden fehlenden finanziellen Beteili-



Hannes Wittwer, CEO Senevita AG, zeigt sich vom Betrieb der Stiftung mit dem Pflegebettenangebot und dem Angebot des «Betreuten Wohnens im Alter» begeistert.

gung der Gemeinde Murten an den nichtgedeckten Infrastrukturkosten zu suchen. Dabei geht es ausschliesslich um den Bereich der Pflegeabteilung. «Bisher sind alle Pflegeheime im Seebereich als Infrastruktur durch die öffentliche Hand finanziert worden. Das Modell eines privaten Betriebes – die Résidence Beaulieu ist im Besitz der Kantonalen Gebäudeversicherung – ist daher für alle Neuland. Die Gemeinde Murten und die Stiftung hätten die gesetzliche Pflicht gehabt, aufgrund der durch den Kanton erteilten Betriebsbewilligung diese Vereinbarung bereits zu Beginn abzuschliessen», so Hannes Wittwer. Der Gemeinderat schrieb in seiner jetzigen Botschaft, dass diese Vereinbarung zwar «inhaltlich skizziert und in Aussicht gestellt wurde, jedoch nie definitiv abgeschlossen wurde». Der Kanton Freiburg hat offenbar bereits mehrmals das Fehlen dieser Vereinbarung beanstandet und verlangte erneut die Vereinbarung. Festzuhalten ist ebenfalls, dass sich die Gemeinde

Murten bisher in keiner Weise finanziell beteiligen musste. Es wurde ebenfalls keine Verlustgarantie von der Gemeinde gefordert. Hannes Wittwer erklärte die Finanzierung der beiden Bereiche. «Die Kosten der Pflege werden von den Krankenkassen und vom Kanton aufgrund des Krankenversicherungsgesetzes (KGV) übernommen. Der Bewohner trägt einen Teil der Kosten selber in Form der Grund- und Betreuungstaxe sowie des Selbstbehalts auf den Pflegekosten. Jedoch müssen gemäss Gesetz die nichtgedeckten Infrastrukturkosten eines privat oder öffentlich geführten Pflegeheims von den Standortgemeinden sowie den Wohngemeinden der Pflegebedürftigen übernommen werden.

Gemeinde muss Kosten übernehmen

«Die Gemeinden beteiligen sich daran mit einem Finanzierungskostenbeitrag, eine Regelung, die alle Kantone kennen», so Hannes Wittwer. Dies habe die Gemeinde Murten respektive der Gemeinderat schon

immer gewusst. Die mit dem Betreuten Wohnen in Zusammenhang stehenden Kosten werden über die Wohngemeinden finanziert.

Auf die Feststellung von kritischen Stimmen, dass sich normale Verdiner als Senioren einen Platz in der Résidence Beaulieu finanziell nicht leisten können, meinte Hannes Wittwer: «Bei den Pflegebettenplätzen stellt sich die Frage, ob sie es sich leisten können, für die Betroffenen weniger, weil die Pflege-Tarife vom Kanton festgelegt werden und dieser auf möglichst günstige Preise und Tarife achtet. Da für öffentliche und private Häuser dieselben Tarife gelten, sollten auch dieselben Finanzierungsregeln gelten. Die Wohnungen des Bereichs «Betreutes Wohnen im Alter» werden im freien Markt angeboten und spezielle Leistungen separat berechnet», stellte er klar.

Vorschlag nach Berner Modell

Für die jetzt erarbeitete Lösung wurde das bernische Modell beige-

zogen (siehe Kasten). Offen ist für den Murten Gemeinderat gemäss der Botschaft, ob die Gemeinden innerhalb des Gesundheitsnetzes See (GNS) ebenfalls den kantonalen Beitrag von 17,35 Franken pro Tag für ihre Bewohner in der Pflege der Stiftung Résidence Beaulieu zahlen werden. Hannes Wittwer betonte, dass dieser Lösungsvorschlag den gesetzlichen Grundlagen entspricht und für beide Seiten eine zukunftsgerichtete Lösung darstellt.

Senevita AG übernimmt Verlust

Hannes Wittwer stellte fest: «Die Senevita ist bereit, den Verlust von 1,7 Millionen Franken zu übernehmen. Bei einem Nein des Murten Generalrates zum Finanzierungskostenbeitrag müsste die Senevita AG erneut mit dem Gemeinderat verhandeln. «Die 20 Pflegeplätze sind jedoch nicht gefährdet, weil die Stiftung Résidence Beaulieu mit der Betriebsbewilligung des Kantons eine Verpflichtung eingegangen ist», so Hannes Wittwer.

Pflegebetten nicht gefährdet

«Die 20 Pflegebetten werden in dieser Region gebraucht. Die wunderschön situierte Anlage mit dem Bereich des Betreuten Wohnens mit lebenslangem Wohnrecht, mit Restaurant, mit den verschiedenen Aktivitäten, der professionellen Betreuung und neu mit der Kindertagesstätte, ist sehr wohnlich», betonte Hannes Wittwer. Die Nachfrage nach den Wohnungen steigt, da ist er sehr zufrieden. tb

Lösungsvorschlag nach dem Berner Modell

Der Infrastrukturkostenbeitrag beträgt im Kanton Bern Jahr 2013 32.75 Franken pro Tag und Bett. Der Finanzierungskostenbeitrag der Wohngemeinde der Bewohner im Kanton Freiburg wurde für das Jahr 2013 auf 17.35 Franken pro Tag und Bett festgelegt. Somit ergibt sich für die Standortgemeinde Murten für das Jahr 2013 ein Gesamtbetrag von 112 420 Franken (15.40 Franken mal 20 Pflegebetten mal 365 Tage)

Ulmiz steht Sanierung der Dorfstrasse bevor

Ulmiz / Seit letztem Montag wissen die Ulmizer, wie hoch die Sanierung ihrer Dorfstrasse zu stehen kommt: Die Kosten belaufen sich auf 2,3 Millionen Franken, das Projekt wird in vier Etappen über vier Jahre realisiert. Einige Bürger möchten aber nicht nur in den Unterhalt, sondern gleichzeitig in die Sicherheit der Dorfstrasse investieren.

Mit der Sanierung der Dorfstrasse steht in Ulmiz nicht nur ein kostenintensives, sondern auch umfangreiches Projekt an: Dementsprechend gross war das Interesse am Infoanlass vom letzten Montag im Schulhaus Ulmiz, an dem das zuständige Projektteam die Fakten auf den Tisch legte. «Wir haben das Vorhaben bereits an unserer letzten Versammlung vorgestellt», begrüsste Ammann Beat Aeberhard die rund 70 Anwesenden. Inzwischen seien sämtliche Unterlagen ausgewertet, «und wir können von einer weniger schlimmen Annahme als vorgesehen ausgehen», informierte er. So muss etwa der desolate Bodenbelag nicht entsorgt, sondern kann als Baumaterial wiederverwendet und die Kofferung muss nur teilweise erneuert werden. In Zahlen ausgedrückt: Gegegenüber der ersten Kostenrechnung von drei Millionen Franken wird der



Wenn nebst dem Personenverkehr auch noch der Schwerverkehr durch Ulmiz rauscht, so sind an verschiedenen Stellen Engpässe vorprogrammiert.

Aufwand nun auf 2,3 Millionen Franken geschätzt (siehe Kasten).

Viele offene Fragen

Ob bei der Sanierung auch Verkehrsberuhigungsmassnahmen oder die Verbreiterung des Trottoirs – gegegenüber dem Restaurant «Zum Bau-

ernhof» – vorgesehen seien, wollten mehrere Bürger wissen. «Wir planen zwar eine Zonenverengung eingangs und ausgangs des Dorfes», nahm der Ammann Stellung. In der Trottoir-Problematik sei man hingegen keinen Schritt weiter gekommen. «Denn das betreffende Land gehört nicht der

Gemeinde. Aber wir werden das Gespräch mit dem Eigentümer nochmals suchen», versprach Aeberhard. Und was passiert, wenn die Autos während der Bauphasen über den Hübeliweg ausweichen? «Wir möchten kein totes Kind beklagen müssen, nur weil Ortskundige diese Abkürzung nutzen», mahnte ein Bürger. Die Gemeinde werde in Zusammenarbeit mit der Polizei entsprechende Konzepte für die vier Bauetappen erstellen und diesen Punkt einfliessen lassen, sagte Aeberhard. Und was geschieht, wenn Ulmiz während des Sanierungsprojekts fusioniert? «Dann ist das Sanierungsprojekt die Mitgift», erklärte Aeberhard mit einem Schmunzeln.

Realistisches Sanierungsvorhaben

Wenn sich die Rechnung im bisherigen Rahmen entwickle, so seien die Sanierungskosten für den Gemeindehaushalt tragbar, erklärte Aeberhard. «Dennoch können wir zum jetzigen Zeitpunkt die Erhöhung der Steuern nicht ausschliessen.» Das Projekt bereite ihm zwar keine schlaflosen Nächte, «aber dennoch Bauchweh, weil das wohl die grösste Investition wird, die unsere Gemeinde bis heute getätigt hat». Dafür werde Ulmiz langfristig Ruhe auf und unter der Strasse haben, argumentierte der Ammann. Die Lebensdauer des Strassenbelags liege bei 25, die der Leitun-

Zahlen und Fakten

Die Kosten teilen sich laut Gemeinderat Marcel Paolino wie folgt auf: 1,22 Millionen Franken für die Strasse, 530 000 Franken für Kanalisation und 550 000 Franken für Wasserleitungen. Die Fremdfinanzierung beträgt 1,5 Millionen, die Selbstfinanzierung 800 000 Franken. Subventionen werden in der Höhe von 87 000 Franken erwartet. Bei einer Amortisation von 4 und einer Kreditverzinsung von 2,5 Prozent werden in der laufenden Rechnung (2014 bis 2017) Folgekosten von 212 095 Franken anfallen. Gesamtlänge der Sanierung: 1,63 Kilometer, ca. 620 Meter müssen voll ausgebaut und ca. 1010 Meter nur mit neuem Belag versehen werden. Zudem werden 1100 Meter neue Trinkwasser- und Löschleitungen verlegt, das Entwässerungssystem und eine Stützmauer saniert.